Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Sonntags-Ausgabe

115. Jahrgang

Bezugspreis: in Leipzig und Vororten zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe monatl. M. 10.–, vierteljährl. M. 30.–, für Abholer monatl. M. 9.50. Morgen-Ausgabe allein M. 7.50 monatlich, Abend-Ausgabe allein M. 4.– monatlich. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 10.–, vierteljährlich M. 30.–; durch die Post innerhalb Deutschlands, frei ins Haus geliefert. Gesamt-Ausgabe monatlich M. 8.–, vierteljährlich M. 7.–. Auslandsversand: monatlich M. 12.– und Drucksachen-Porto. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 30 Pf., Abend-Ausgabe 20 Pf., Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

Anzeigenpreis: [illegible] Kolonelzeile Mk. 1.75, von auswärts Mk. 2.– [illegible] Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil Mk. 3.50 [illegible] kleine Anzeigen die Kolonelzeile Mk. 1.50. Bei Wiederholungen Nachlaß. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Erfüllungsort Leipzig. [illegible] Nr. 17000 bis 17009 [illegible] Leipzig 3004. Schriftleitung und Geschäftsstelle Leipzig, [illegible]

Herausgeber Dr. Peter Reinhold.

Druck und Verlag Leipziger Verlagsdruckerei G. m. b. H.

Nr. 557 Sonntag, den 13. November **1921**

Auf zur Stadtverordnetenwahl!

Wählt Deutsch-Demokratisch! Liste Weickert!

Die Weltabrüstungskonferenz eröffnet

Hardings Begrüßungsrede.

Washington, 12. November.

Präsident Harding hat heute vormittag in der Continental Memorial Hall die Konferenz über die Abrüstung eröffnet. Nach einem Willkommengruß begründete Harding den Gegenstand der Konferenz. Pflicht der Konferenz sei, die Hoffnungen und Wünsche der Brüderlichkeit, die sich gerade aus dem großen Kriege ergeben hätten, zu verstärken. Die Welt drohe unter den Gewalten ihrer Schulden zusammenzubrechen. Es sei notwendig, daß man die Last von ihren Schultern nehme. Alle, die eine wirkliche Beschränkung der Bewaffnung wünschen, verlangen, daß der Krieg außerhalb des Gesetzes gestellt werde.

Harding sprach dann von den Vereinigten Staaten und sagte: Wir haben keine Furcht, wir verteidigen keine niederen Ziele, wir argwöhnen in niemanden einen Feind. Die Welt verlangt Realisationen; aber es kann keine Verbesserung erzielt werden, ohne daß von allen Völkern Opfer gebracht werden. Dabei wollen wir nicht sagen, daß jede Nation ihre Rechte aufgeben und ihre Freiheit beschränken müsse. Selbst wenn man von den edelsten Gefühlen abstrahiert und wenn man sich bemüht, der Realität der Tatsachen ins Auge zu sehen, muß man zugestehen, daß die übertriebenen Ausgaben für die Bewaffnung notwendigerweise dazu zwingen, die Rüstungen herabzusetzen. Niemals vor dem augenblicklichen Zeitalter ist die Welt in so tragischer Weise zur Einsicht gebracht werden. Wir haben uns hier versammelt, um der Humanität zu dienen. Wir haben uns hier vereinigt mit dem Mandat, die Lasten der Völker zu vermindern und endlich eine bessere Ordnung aufzurichten, die der Welt ihre Ruhe geben wird.

Die gegenwärtige Versammlung ist eine Versammlung von Nationen, die von vier Hauptpunkten der Erde herbeigekommen sind und die die Menschheit wieder ins Gleichgewicht zu bringen suchen. Der Aufruf hierzu kommt nicht allein von den Vereinigten Staaten, sondern von der ganzen Welt; denn die vom Kriege heimgesuchte Menschheit hat einen dauerhaften Frieden nötig. Freiheit und Gerechtigkeit können nicht eines ohne das andere bestehen, sie sind unantastbares Eigentum aller Völker. Die Menschheit muß die Ursachen der Zerstörung verringern, indem sie an die durch den Krieg verursachten Kosten und an die fortlaufenden Rüstungslasten denkt. Millionen wünschen, daß ihre Staatsmänner die für die Zerstörung gemachten Ausgaben in solche für den Wiederaufbau umwandeln. Deshalb empfangen die Vereinigten Staaten mit aufrichtiger Gesinnung die Mitglieder der Konferenz und wünschen, sich mit ihnen in gutem Einverständnis an den Verhandlungstisch zu setzen!"

Eine politische Rede Gerhart Hauptmanns

Für ein einiges Deutschland — Gegen den Militarismus

(Eigener Drahtbericht.)

Wien, 12. November.

Gerhart Hauptmann hat auf Einladung des Rektors in der Universität Wien gestern eine Rede gehalten, aus der die nachfolgenden Stellen besonders hervortreten. Das höchste moralische Gebot, dem der Einzelne, ebenso wie das Volk, unentwegt nachleben muß, heißt: Werde wesentlich. Je mehr der Deutsche zum Deutschen wird, je mehr wird das deutsche Volk ein deutsches und starkes — je mehr wird Deutschland Deutschland sein. Sollen wir es uns verhehlen, daß wir heute in gewissem Sinne bessere Deutsche sind als vor zehn Jahren? Es war im Grunde kein großes Verdienst, das mächtige, glückliche, üppige und durch glanzvolle Aufregungen und dramatische Zwischenfälle der Repräsentation unterhaltsame Deutschland zu lieben. Anders steht es mit der Liebe, die Deutschland heute liebt. Diese viel, viel stärkere Liebe, die sich einem gar nicht mehr glanzvollen, äußerlich furchtbar mißhandelten, geplagten und kranken Deutschland zuwendet, ist erst aus dem beinahe gebrochenen deutschen Herzen als eine früher versteckte Wunderblume hervorgebrochen. Für diese echte, innigste und tiefste Liebe, diese grundehrliche Liebe, hat die wilhelminische Zeit nicht gerade viel Sinn gehabt. Und doch ist sie der höchste deutsche Besitz. — Trotzdem zum Beispiel ein Deutscher, wie es heißt Berthold Schwarz, das Pulver erfand, so werden wir doch nicht in der Kanone, in Krieg und Kriegsgeschrei einen besonders wertvollen Teil deutschen Wesens erblicken. Der Militarismus war nicht spezifisch deutsch, sonst wäre er nicht ebenso russisch, ebenso französisch gewesen. Er ist ein europäisches Gespenst, das durch das Licht der Vernunft in seine Abgrundshöhle gescheucht werden muß, und wir bedauern die Völker, die noch heute unter ihm seufzen. Es ist eine vollständig überflüssige Angstgeburt, die durch Angst allerdings eine furchtbare Realität erhält, durch die es seine Erzeuger knechtet..... Die Einheit des Volkes, die stark macht, ist die gemeinsame Geistigkeit. Und ohne sie müssen wir notwendig, trotz unserer märchenhaften und allgepriesenen Zivilisation, unter die Tierheit herabsinken.......

Das deutsche Sprichwort sagt: Friede ernährt, Unfriede zerstört. Friede bedeutet Kultur, und Kulturaufgaben sind Friedensaufgaben. Wir lassen uns von diesen Aufgaben nicht abbringen. Trotzdem es, um mit dem heiligen Augustinus zu reden, noch immer so aussieht, als ob ein Wettstreit zwischen Krieg und Frieden um die Palme der Grausamkeit stattfände, und als ob unser Friede die Palme der Grausamkeit davontrüge.

Der Vortrag wurde von einem begeisterten Auditorium mit überaus starkem Beifall aufgenommen.

Erhöhung der Post- u. Telegraphengebühren um 50 v. H.

Berlin, 12 November.

W. T. B. teilt mit: Wie früher berichtet, hat das Reichspostministerium Mitte Oktober mit dem Verkehrsbeirat über die Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Fernsprechgebühren verhandelt. Dabei wurde über die Post- und Telegraphengebühren ein Einverständnis erzielt. Eine Erhöhung der Fernsprechgebühren hielt der Verkehrsbeirat für verfrüht, ohne aber an den in Aussicht genommenen Gebührensätzen etwas zu ändern. Inzwischen ist die neue Besoldungserhöhung eingetreten, die mit der Lohnerhöhung und der Steigerung der Materialpreise einen neuen Jahresfehlbetrag von 5¾ Milliarden Mark hervorruft.

Die Reichsregierung konnte es angesichts dieser Sachlage bei den ursprünglich geplanten Gebührensätzen, bei deren Einführung schon 1½ Milliarden Mark ungedeckt geblieben wären, nicht bewenden lassen und hat deshalb beschlossen, diese Gebührensätze um 50 Prozent zu erhöhen. Demzufolge ist im Vergleich zur Vorkriegszeit bei der Berechnung der künftigen Gebührensätze statt des Verhältnisses von 1:10 ein solches von 1:15 zugrunde gelegt worden. Diese Verhältnisrechnung ist indes nicht bei allen Gebührenarten streng durchgeführt; zum Teil ist, wie beim Paketverkehr, eine mäßigere Steigerung vorgesehen.

Die neue Gesetzesvorlage bedarf noch der Zustimmung des Reichstages, der jedoch an dem Beschluß der Reichsregierung kaum Wesentliches ändern wird.

*

Nach der neuen Vorlage beträgt die Gebühr für

die Postkarte im Ortsverkehr 60 Pf.,
die Postkarte im Fernverkehr 100 Pf.,
der Brief im Ortsverkehr bis 20 g 100 Pf., bis 250 g 150 Pf.,
der Brief im Fernverkehr bis 20 g 150 Pf., bis 100 g 225 Pf., bis 250 g 300 Pf.,
Drucksachen bis 50 g 40 Pf., bis 100 g 75 Pf., bis 250 g 150 Pf.
Das Päckchen bis 1 kg 4 Mk.

Postanweisungen bis 100 Mk. kosten 150 Pf., bis 250 Mk. 225 Pf. usw. bis 6 Mk.

Sehr stark sind auch die Nebengebühren erhöht worden: Eilboten kosten im Ortsbestellbezirk 3 Mk. Die Einschreibegebühr beträgt 2 Mk., die Zuschlagegebühr für postlagernde Sendungen wird auf 50 Pf. erhöht. Im Postscheckverkehr wird die Gebühr für Zahlkarten ebenfalls erhöht und zwar kosten Zahlkarten bis 100 Mk. 75 Pf., bis 500 Mk. 150 Pf., bis 1000 Mk. 200 Pf. usw. Telegramme kosten 75 Pf. das Wort, mindestens 7,50 Mk. für ein Telegramm.

Neue Sturmszenen im braunschweigischen Landtag

(Eigener Drahtbericht.)

Braunschweig, 12. November.

Die Beratung des Staatshaushaltsplanes wurde heute im Landtage fortgesetzt. Die Tribünen waren überfüllt. Der Präsident richtete namens des Aeltestenausschusses die Bitte an die Abgeordneten, Würde und Anstand zu bewahren. Diese Mahnung war aber vergeblich. Als der Abgeordnete Blasius (Landeswahlbund) seine am Freitag unterbrochene Rede fortsetzen wollte, machten die Sozialisten einen ohrenbetäubenden Lärm. Die Erregung stieg in einem Maße, daß man Tätlichkeiten befürchten konnte. Man hörte von der Linken Zurufe wie „Frechheit", „Verleumder". Minister Oerter leistete sich als Abgeordneter sogar den Zwischenruf, der Redner sei der größte Schuft des Landes Braunschweig. Die Unabhängigen stimmten ihm zu.

Gegen den Höllenlärm, den die Linke entfesselte, war der Präsident machtlos. Nach kurzer Sitzungsdauer sah er sich gezwungen, die Sitzung aufzuheben und die Weiterberatung auf Montag zu vertagen. Der bürgerliche Abgeordnete erklärte in seiner Rede, soweit sie bei dem Lärm zu verstehen war, daß Maß bürgerlichen Langmuts sei brechend voll. Er warne die Regierung, das Maß zum Ueberlaufen zu bringen. Redner setzte sich dann für die Dezentralisierung der Verwaltung ein. Die Zahl der Minister müsse herabgesetzt werden, wenn sie nichts anderes zu tun hätten, als im Lande herumzufahren. Nach Leipzig zum Reichsschiedsgerichtshof sei Minister Oerter mit einem großen Stabe von Mitarbeitern im Automobil drei Tage unterwegs gewesen, während der Vertreter des Landeswahlverbandes für die Reise einschließlich der Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof 1½ Tag gebraucht habe. Dafür habe Minister Oerter auch drei Tage liquidiert. Das Staatsministerium nehme den unteren Behörden die Selbständigkeit und degradiere sie zu Weichenstellern. Im Lande Braunschweig gebe es genügend tüchtige Männer, die ihre Sache besser verständen als Minister Oerter, und die gewillt seien, das Beste für das Land und das Volk zu tun. Der schlechte Ruf des Staatsministeriums habe den wirtschaftlichen Niedergang des Landes zur Folge. Der Redner kritisierte dann die Ausführungen des Ministers Oerter in der Reichstagssitzung vom 30. September, die die Entrüstung weiter Kreise im Lande Braunschweig herausgefordert habe. Bei diesem Teile der Rede wurde der Lärm der Linken so groß, daß der Landtagspräsident schließlich die Sitzung abbrach.

Politische Wochenschau

Von

Oberbürgermeister Dr. Külz, M. d. R.

Die große Finanzdebatte im deutschen Reichstag wurde im Laufe der vergangenen Woche abgeschlossen. Wer gehofft hatte, daß diese Aussprache fruchtbare Gedanken und verwendbare Anregungen bringen würde, der sah sich bitter enttäuscht. Fast alle Redner verbreiteten sich zunächst in viel zu großer Ausführlichkeit über unser Finanzelend, das uns ja allen bekannt ist. Wenn eine solche Schilderung jetzt überhaupt noch am Platze ist, so nur dann, wenn sie außenpolitisch orientiert wird und in klarer, überzeugender und sinnfälliger Weise sich an den wirtschaftlichen Egoismus unserer Gegner richtet. Diesem Erfordernis wurde keine der gehaltenen Reden gerecht. Wohl aber entgleiste der sonst sehr sympathische sozialdemokratische Abgeordnete Braun in dieser Richtung vollkommen, indem er ungewollt unseren Feinden starke Argumente in die Hände gab. Die Kennzeichnung unseres Finanzelends, seine Ursachen und seine Wirkungen geschah am wirksamsten durch die Rede des früheren badischen Ministers Dietrich, der mit erfrischender Deutlichkeit die wahre Lage kennzeichnete. Helfferich versagte, wie immer, parlamentarisch vollkommen. Es ist geradezu schmerzlich, anzusehen, wie dieser an sich hochbegabte und kenntnisreiche Mann so völlig jeder parlamentarischen Psychologie ermangelt, und alle seine Reden zu nervösem Gezänk und zu kleinlichen Auseinandersetzungen mit jedem noch so unbedeutenden Zwischenrufer entarten läßt; vor allem aber ist es bedauerlich, daß die Deutschnationalen bei solchen Finanzfragen immer wieder Helfferich vorschicken, den doch die ganze Last der Verantwortung für unsere verfahrene Finanzpolitik während der Kriegszeit trifft. Wenn man auch auf dem Standpunkte stehen könnte, daß ein Verschulden dabei Helfferich nicht unbedingt beigemessen werden muß, so war er doch eben ein irrender Staatsmann, und unter den Folgen seiner Irrungen leidet die deutsche Finanzwirtschaft noch heute. Daß ein solcher Mann nicht geeignet ist, als finanzieller Sittenrichter vor den Reichstag hinzutreten, müßte eigentlich auch die Rechte erkennen. Eine Episode von pikantem Reiz spielte sich noch zwischen dem Redner der Mehrheitssozialdemokratie und dem Reichsfinanzminister ab. Trotz der trauten Regierungsgemeinschaft zwischen Mehrheitssozialdemokratie und Zentrum mußte sich der Reichsfinanzminister Hermes von seinem sozialdemokratischen Regierungsfreunde sehr herbe Worte sagen lassen. Sie gingen aber offenbar nicht sehr tief, denn er schüttelte sie mit dem einfachen Satze ab, daß er darauf verzichte, den Herrn Redner von der Sozialdemokratie von seiner Befähigung zum Finanzministerposten zu überzeugen. Offenbar weiß Dr. Hermes, daß seines Verbleibens auf dem dornigen Sessel des Reichsfinanzministers nur noch kurze Zeit ist. Vielleicht hat er gar schon jetzt sich die Ueberfahrtskarte nach Washington gelöst, um den Botschafterposten dort anzutreten.

Die Steuergesetze wurden an drei Ausschüsse verwiesen, in denen nunmehr in den nächsten Wochen die verantwortungsschwere Arbeit zu leisten ist. Eine zufriedenstellende Lösung des ganzen Problems vermag man zurzeit noch nicht zu erkennen. Auf der Linken besteht die Sozialdemokratie auf der Erfüllung des Schlagwortes von der Erfassung der sogenannten Goldwerte. Auf der Rechten wird dieser Eingriff in die Sachwerte schon von der Deutschen Volkspartei kategorisch abgelehnt. Es wird sehr geschickter Verhandlungen bedürfen, um hier einen Ausweg zu finden. Hoffentlich sucht man nach ihm nicht zu lange, denn die Verhältnisse des Reiches schreien geradezu nach Vermehrung der Einnahmen. Die Auswirkungen des Finanzelends machen sich tagtäglich fühlbar geltend, weniger zunächst im Reiche selbst als in den anderen Gemeinschaftskörpern, in Staat und Gemeinden. Bei der völligen finanziellen Abhängigkeit der Ge-

„**Die neue nationale Gesinnung** muß sich aufbauen auf dem Grunde der Volksgemeinschaft, der Kulturgemeinschaft und der Staatseinheit. Hier liegen Quellen, die noch unerschöpft sind und die deutsche Demokratie muß sie erschließen."

Prof. Dr. Walter Goetz, M. d. R.

Wählt am 13. November

Deutsch-Demokratisch,

Liste Weickert.